



MALXE BLATT

mit Herz und Schnauze



6/2012

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Turbulenter Parteitag wählte neuen Vorstand

Am 2. und 3. Juni 2012 fand in Göttingen der Bundesparteitag der Partei DIE LINKE statt, auf dem unter anderem ein neuer Vorstand gewählt wurde. Nach einem zermürbenden Machtkampf hat DIE LINKE eine neue Doppelspitze, welche die tief zerstrittene Partei aus ihrer bisher schwersten Krise führen soll. Gedanken und Meinungen zum Parteitag und zur Wahl äußern im Folgenden zwei Mitglieder unseres Ortsverbandes:

Anfang oder Ende?



Als Mitglied der Bundesschiedskommission habe ich am Bundesparteitag in Göttingen teilgenommen.

Wie jeder aus den Medien entnehmen konnte, wurde auf diesem Bundesparteitag nach einem monatelangen internen Machtkampf eine neue Parteiführung gewählt.

Die Ursachen für diesen Machtkampf liegen in dem unterschiedlichen Herangehen, diese Gesellschaft zu verändern. Leider erreichte dieser Streit auch die persönliche Ebene.

Von Flügelkämpfen und Strömungen in der Partei ist die Rede, dabei haben alle ein gemeinsames Ziel, nämlich das auf dem Erfurter Parteitag beschlossene Programm der LINKEN umzusetzen.

Der Weg hin zu diesem Ziel ist unterschiedlich. Die Rede von Gregor Gysi auf dem Parteitag bringt es aus meiner Sicht auf den Punkt, »im Kern geht es um unterschiedliche politische Konzepte. Vertragen wir es nun, Volkspartei und Interessenpartei zu sein oder vertragen wir es nicht? Ist es tatsächlich so, dass die einen die Eigenheit gegenüber der SPD bewahren und die anderen sie aufgeben wollen?«

Ist das wirklich eine politisch entscheidende Frage? G. Gysi spricht es aus, man kann mit Wahlergebnissen von über 20 Prozent nicht permanent erklären, dass man in der Opposition bleibt. Und weiter heißt es »...warum fällt es manchen im Osten so schwer zu akzeptieren, dass man sich als 5-Prozent-Par-

tei anders verhalten muss als eine 25-Prozent-Partei ...«

Andere Parteien stehen nicht vor dieser Frage. Das ist eine Besonderheit der LINKEN und eine der großen Herausforderungen, vor der DIE LINKE steht. Die Menschen in dieser Partei kommen aus unterschiedlichen politischen Zusammenhängen, aus Gewerkschaften und haben unterschiedliche Erfahrungen in beiden Systemen gemacht. Das wirft die Frage auf, haben wir uns gegenseitig genügend zugehört, uns mit den unterschiedlichen Herkunftsn aus einandergesetzt? Hat das alles ausgereicht?

Nein – das Zusammenwachsen von West und Ost braucht Zeit, Toleranz und gegenseitiges Verständnis.

Viel Zeit haben wir nicht, die Gesellschaft braucht unsere linken Konzepte und das gemeinsame Ringen um eine solidarische gerechte Gesellschaft.

Jetzt wurde eine Parteiführung gewählt, die beide Teile der Partei vertritt und die vor einer nicht einfachen Aufgabe steht – zu integrieren.

Eins wurde trotzdem deutlich, alle wollen den Wählerauftrag erfüllen und gemeinsam stehen wir für das beschlossene Parteiprogramm.

Das ist ein Anfang und kein Ende.

Anke Schwarzenberg
Ortsvorsitzende

Die Linke hat gewählt



Am ersten Juniwochenende wurde in Göttingen eine neue Parteiführung gewählt. Die Köpfe an der Spitze sind neu, die Konstellation allerdings nicht. Katja Kipping aus dem

Osten ersetzt Gesine Löttsch und Klaus Ernst aus dem Westen wird ersetzt durch Bernd Riexinger. Damit ist kein Problem der Partei gelöst. Im Vorfeld gab es einen Machtkampf, der die gesamte Partei beschädigt hat. Konzepte für die nächste Bundestagswahl fehlen bisher, und ob die neue Führung eine innere Einigung erreichen kann, bleibt abzuwarten. Mit der Verhinderung der Wahl von Dietmar Bartsch wurde jemandem der Stuhl vor die Tür gesetzt, der echte politische Konzepte für die zukünftige LINKE hat. Die Rolle der Protestpartei haben uns die Piraten längst abgenommen und die Wähler gleich mit. DIE LINKE kann zukünftig nur Erfolg haben, wenn sie die Gesellschaft mitgestaltet. Dazu gehört nun mal auch der politische Kompromiss. Entweder man gewinnt bei Wahlen mehr als 50 Prozent der Stimmen oder man braucht Partner zur Durchsetzung politischer Ziele. Von 50 Prozent sind wir selbst im Osten weit entfernt, also gilt es, im Bund eine Politik zu machen, die wenigstens einen Teil unserer Ziele umsetzt. Über Mindestlohn und soziale Gerechtigkeit ist lange geredet worden, es ist Zeit für Resultate.

Leider muss man daran zweifeln, dass dies auch umgesetzt wird.

Spruch des Monats

»Nie zuvor hatten wir so wenig Zeit, um so viel zu tun.«

Franklin Delano Roosevelt

Schorschels Stadtgeflüster

Habt ihr schon gehört ... – nein, nicht die gelbe Katze ist tot, sondern Dieter Urbitsch vom Fachbereich Bauen lässt sich die Fingerspitzen behandeln – er will in Zukunft bei seiner Arbeit mehr Fingerspitzengefühl an den Tag legen (LR vom 10.05.12)! Das macht Hoffnung und verdient ein fröhliches Hallöchen. Ich stell mir schon vor, wie er den Kleingärtnern in Keune mit gefühlvollen Fingern hilft, die drei Felsbrocke zu beseitigen, die diesen seit geraumer Zeit durch Dieters kräftige Hilfe den Weg zu ihren Gärten versperren. Ein taktvolles Miteinander erträumen sich auch die Mitarbeiter des Ordnungsamtes im Umgang mit den Forstern und schließen sich der Fingerspitzenbehandlung an. Wunderbar, wie sie sich dann anschließend mit einem Blumenstrauß zum Opfer ihrer ordnungsamtlichen Willkür begeben, um es um Ent-

schuldigung zu bitten, weil sie wegen eigener Unkenntnis der Gesetzeslage diesem einfach Geld abgeknöpft haben. Schlicht nach dem Motto: Dummheit schändet nicht und wer andern eine Grube gräbt, wird gold'ne Früchte ernten! Vielleicht reicht ihr Fingerspitzengefühl dann ja sogar so weit, dass sie die 5 Euro für den unschuldigen Sünder sammeln, die sie offiziell nicht zurückgeben dürfen (oder wollen?). Verzeihen wir ihnen, es können ja nicht alles Experten sein! Zum Beispiel solche, die am Kegeldamm alle Kastanien fällen wollen, um Winterlinden anzupflanzen! Nehmt doch lieber Pflaumenbäume, die passen viel besser, um sich an arrogante Verwaltungsangestellte und ihre geheuchelte Bürgernähe zu erinnern, außerdem haben die Radtouristen gleich was zum Essen. Meine Damen und Herren Stadtverordnete, nun beweist, dass ihr mehr drauf habt, als hilflosen Kindern das Essengeld zu kürzen und ältlichen Damen die Hunde zu verteuern, und legt endlich diesen so selbstherrlich Handelnden das Handwerk. Bis dahin ein fröhliches Kastaniensammeln.

Tschüss, Euer *Schorschel*

Linke Politik in Forst ist bekanntlich kein leichtes Brot. Trotz des Wahlsieges vor knapp vier Jahren gelingt es uns nur selten, unsere Vorstellungen in der Forster Kommunalpolitik durchzusetzen. Oft erleben wir, dass unsere Vorstellungen erst vehement von Verwaltung und den anderen Fraktionen abgelehnt werden, um dann öfter als »neue« Ideen aus dem Rathaus wieder aufzuerstehen.

Uns wird immer wieder vorgeworfen, wir würden nur kritisieren. Kritik ist nun mal Aufgabe einer Opposition und aus kritischen Betrachtungen und zielführenden Diskussionen sollten neue Konzepte entstehen. Dazu braucht es aber auch streitbare Partner, die mit eigenen Vorstellungen auftreten. In der Stadtverordnetenversammlung aller-

dings findet eine Diskussion nur selten statt und wenn wir keine Fragen stellen, gibt es meist auch keine. Wir haben Veränderungen beim Stadtbau vorgeschlagen, die pauschal abgebugelt wurden, nun beginnt man im Rathaus langsam zu überlegen, ob die Unterbringung der Bibliothek im ehemaligen AOK-Gebäude wirklich eine endgültige Lösung ist. Erst einmal wird die Bibliothek nun im Erdgeschoss untergebracht. Ein Vorschlag aus unserer Fraktion, der wenige Wochen zuvor noch abgelehnt wurde. Nun sollte man auch das Projekt zur Errichtung eines Neubaus für Bibliothek und Archiv am Markt ins Auge fassen, und wir werden es auch ertragen, wenn das Rathaus dies als neue Idee präsentiert. Interessant wird der Abriss des Blockes Amstraße 9 – 12. Hier soll dann das Pflegeheim der Volkssolidarität entstehen. Dies bedeutet, dass hinter den jetzt noch stehenden Wohnblöcken neue Grünanlagen und Aufenthaltsbereiche geschaffen werden müssen, damit die Bewohner des Heimes später auch mal das Haus verlassen können. In der Berliner Straße dagegen wären Grünanlagen mit gewachsenem Baumbestand vorhanden, die wurden nun aber zur Wildwiese umgestaltet. Wir hatten rechtzeitig unsere Vorschläge dazu gemacht, geändert hat sich nichts.

Nach monatelangen Bemühungen ist es nun endlich auch gelungen, die zwei Ampelanlagen in der Innenstadt zur gleichen Zeit zu betreiben. Seit Ende Mai werden nun beide Ampelanlagen endlich einheitlich von 6 bis 20 Uhr in Gang gesetzt.

Als wir vor dem zu erwartenden Chaos am damals geplanten Kreisel am Waserturm gewarnt haben, wurden wir wieder mal für ahnungslos erklärt. Heute kennen wir das Ergebnis, die Anzahl der Unfälle ist gleich geblieben, nur die

Kritik ist nötig

Zahl der Verletzten hat sich erhöht. Nach geschlossenen Schranken benötigt der Verkehr deutlich länger als früher bis er wieder normal fließt. Rückstaus bis in die Frankfurter Straße sind die Folge. Worin liegt nun also, nach der Investition eines Millionenbetrages, der Nutzen dieser Anlage? Der Kreisel wird bleiben, das Geld ist ausgegeben und keiner ist verantwortlich.

Im kommenden Jahr wird der Rosengarten sein hundertjähriges Jubiläum feiern. Ein Konzept für das Programm gibt es bis heute nicht. Außer der Eröffnung mit einem Rosenkongress, den alljährlichen Rosengartenfesttagen und einer wie auch immer gearteten Abschlussveranstaltung im September, sind konkrete Planungen bisher nicht bekannt. Ein Vorbereitungskomitee, in das Stadtverordnete und interessierte Bürger eingebunden sind, gibt es nicht. Nach Aussagen der Verwaltung hat man nun eine Veranstaltungsagentur gebunden, die dann etwas für planen wird, und angeblich hätten wir auch noch viel Zeit zur Vorbereitung. Wir haben daran so unsere Zweifel, weil selbst die Finanzierung der Veranstaltung bisher nicht gesichert ist. Über neunhunderttausend Euro sollen für Veranstaltungen ausgegeben werden. Dieses Geld soll über Eintrittspreise refinanziert werden. Dies ist ein hohes Risiko für den städtischen Haushalt, der ja erst 28 MILLIONEN Euro im Minus steckt. Wenn uns bei kleineren Investitionen ständig erklärt wird, sie seien im Rahmen der Haushaltskonsolidierung nicht finanzierbar, dann darf man schon mal die Frage stellen, wie das in diesem Fall funktionieren soll. Mal sehen, wer sich dafür dann hinterher verantwortlich fühlen wird.

Ingo Paeschke
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
der SVV Forst

Die Linke hat gewählt

(Fortsetzung von Seite 1)

Die Wahl von Bernd Riexinger wurde durch einige Parteitagsteilnehmer in einer Art gefeiert, die eines solchen Amtes unwürdig ist. Oskar Lafontaine hat all seinen politischen Einfluss geltend gemacht, um Dietmar Bartsch zu verhindern. Dies hat er getan, ohne Rücksicht auf die Partei und ihre Mitglieder zu nehmen. Gregor Gysi hat von Spaltung gesprochen und deutlich gemacht, dass sich Mitglieder ein und derselben Partei so nicht bekämpfen dürfen. LINKE haben in der Vergangenheit schon oft ihre politischen Möglichkeiten in inneren Kämpfen verschenkt. Geschichte wiederholt sich nicht, aber offensichtlich kann man grundsätzliche Fehler immer noch mal machen. Opfer dieser Machtkämpfe sind die Mitglieder an der Basis und viele werden sich das nicht mehr lange gefallen lassen. Die Partei hat noch eine letzte Chance nach dem Motto »einigen oder untergehen«.

Ingo Paeschke

Auf Einladung von Birgit Wöllert (MdL), Eberhard Müller (Neiße-Malxetal) und der Regionalstelle des Kommunalpolitischen Forums Land Brandenburg e.V. wurde am Sonnabend, dem 19.05.2012, in Döbern über zukunftsfähige Gebietsstrukturen im Land Brandenburg diskutiert. Döbern wurde bewusst gewählt, weil gerade im Amt Döbern-Land viele Gemeindevertreter und Bürger diese Diskussion mit großer Sorge verfolgen und sich selbst an dieser aktiv beteiligen.

Dazu gehören auch die Gemeindevertreter der Partei DIE LINKE (siehe Foto v.l.n.r.): Bernd Peter (Döbern), Andreas Beckmann (Wiesengrund), Andreas-Paul Mekelburg (Felixsee) und Lutz Schallschmidt (Döbern).

Zu den zahlreichen Gästen gehörten Stefan Ludwig, Vorsitzender der Enquetekommission (EK), Margitta Mächtig, Vorsitzende des kommunalpolitischen Forums, Amtsdirektor Günter Quander, Landrat Harald Altekrüger und Bürgermeister Klaus-Peter Schulze, um gemeinsam mit Gemeindevertretern, Ortsbürgermeistern, Ortsbeiräten und weiteren interessierten Bürgern zu diskutieren und ihre jeweiligen Standpunkte darzulegen. Die EK hat vom Landtag den Auftrag erhalten, Vorschläge für eine Funktionalreform im Jahr 2014 zu erarbeiten. In seinen Ausführungen wies Stefan L. darauf hin, dass die EK in ihrer Arbeit zunächst Daten und Fakten sammelte, Anhörungen von Experten durchführte und in einem zweiten Schritt beginnend ab August 2012 Vorschläge erarbeiten wird, die dem Landtag zur Diskussion und Beschlussfassung vorgelegt werden. Nichts wird bei diesem Auftrag ausgespart, auch über die Finanzierung der Vorschläge muss gesprochen werden. Erst wenn diese Vorschläge durch den Landtag beschlossen wurden, sind sie verbindlich umzusetzen.

Die jetzt geführte Strukturdiskussion im Amt Döbern-Land kann nur auf freiwilliger Ebene von den Kommunen geführt werden. Kein Staatssekretär kann Entscheidungen in dieser Frage von den Kommunen verlangen. Der Koalitionsvertrag macht dazu eindeutige Aussagen – keine Gebietsreform vor 2014, so Ludwig.

Unabhängig davon hat die Amtsverwaltung Döbern-Land den Gemeinden die Bildung einer Einheitsgemeinde vorgeschlagen. Zwei Gemeindevertretungen haben sich bereits für diesen Vorschlag ausgesprochen.

Eine Zerschlagung des Amtes und die Zuordnung einzelner Orte in die Stadt Spremberg bzw. in die Stadt Forst lehnen die meisten Betroffenen ab.

Grund ist die Sorge, dass die Interessen der Bürger in den Stadtverordnetenversammlungen der Städte weniger beachtet werden.

Noch ist es Zeit, die Diskussion mit den Bürgern zu führen und auch darüber nach-

Mutige Entscheidungen treffen!

– Eine Verwaltung für alle –

zudenken, ob nicht auch das Konzept der Einheitsgemeinde weiterentwickelt werden kann.

Wir brauchen zukunftsfähige Strukturen für die nächsten 20 bis 30 Jahre. Die demografische Entwicklung im Land zwingt uns, darüber nachzudenken. Wir können diesen Trend nicht aufhalten, so der Tenor der Diskussion. Diese neuen Strukturen

setzlichen Regelungen und Vorschriften. Das bedeutet, es können auch größere Verwaltungsstrukturen aufgebaut werden ohne Demokratie vor Ort abzubauen«, so Margitta Mächtig.

Wie wäre es denn mit einer Verwaltung für die Städte Forst, Spremberg und der Einheitsgemeinde Döbern-Land. Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen bleiben wie bisher gewählt durch die Bürger in ihren Orten und die Verwaltung arbeitet für alle. Ein Gremium der Gemeinden und Städte (z.B. der Rat der Bürgermeister) könnte unmittelbarer Partner einer solchen Verwaltung werden. Natürlich müssen auch Rahmenbedingungen für die Verwaltung vereinbart werden. Wichtig sind Regelungen zu flexiblen Arbeitszeiten, Vereinbarungen zu Reisezeiten u. dgl. Vereinfachungen in Verwaltungsarbeit, Abbau von Bürokratie und verstärkte Nutzung von modernen Medien lassen sich besser umsetzen und mit der Idee eines Verwaltungsmobils ergänzen.

So bekommt der Bürger eine effiziente Verwaltung, und es können Kosten gespart werden, die für die freiwilligen Aufgaben in der Kommune genutzt werden könnten. Ich denke, eine Strukturdiskussion ist nur sinnvoll, wenn sie mit einer Funktionalreform verbunden und diese Diskussion mit allen Beteiligten geführt wird.

Anke Schwarzenberg,
Ortsvorsitzende



dürfen die Bürgerdemokratie nicht abbauen, sie müssen das Heimatgefühl der Menschen beachten, die Kommunale Selbstverwaltung der Gemeinde sichern, Verwaltungskosten senken. Kooperative Zusammenarbeit zwischen Verwaltungen zu befördern, ist dabei ein wichtiger Schritt. Zusammengefasst heißt das mehr Region. »Eine Verwaltung ist Dienstleister für die Bürger und hat nach dem politischen Willen der gewählten Gremien zu arbeiten, natürlich unter Beachtung aller ge-

AG Soziales lädt ein

zu einer

INFORMATIONSV- VERANSTALTUNG

am Dienstag, dem 12. Juni 2012,
um 17:00 Uhr

Thema: **Rückforderung
von Sozialleistungen**

Ort: Gutenberg-Oberschule,
Bahnhofstr. 31 (Pausenhalle)

Rechtsanwalt und Fachbuchautor
Ludwig Zimmermann als Referent
und

Diplom-Jurist Michael Elte
sind kompetente Gesprächspartner
zu Rechten der Bürger
in der Sozialgesetzgebung.

Fragen sind ausdrücklich erwünscht!

Hartz-IV-Sanktionen sind verfassungswidrig

»Die Sanktionen im Hartz-IV-System sind verfassungswidrig und müssen umgehend abgeschafft werden. Jede Leistungskürzung verletzt das Grundrecht des Betroffenen auf Existenzsicherung und gesellschaftliche Teilhabe«, erklärt Katja Kipping zu Medienberichten, denen zufolge die Zahl der Leistungskürzungen bei Hartz IV im Jahr 2011 gestiegen ist. Die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

»Im Jahr 2011 waren rund 42 Prozent der Widersprüche gegen Sanktionen und rund 52 Prozent der Klagen vor Sozialgerichten für die Betroffenen ganz oder zumindest teilweise erfolgreich. Es wird also auch massenhaft rechtswidrig sanktioniert. Außerdem zwingen Sanktionsandrohungen die Betroffenen, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen und den Beschäftigten durch Lohndumping in den Rücken zu fallen. DIE LINKE tritt dafür ein, Hartz IV durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung zu ersetzen, die wirklich die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe sichert.« 11.04.2012

Newsletter

Reiche sollen für Krise zahlen

»Trotz Krise sind die privaten Geldvermögen in Deutschland kräftig gewachsen. Die Schlussfolgerung kann deshalb nur lauten: Die Reichen sollen für die Krise zahlen«, kommentiert Sahra Wagenknecht die aktuellen Zahlen der Bundesbank zur Entwicklung der Geldvermögen in Deutschland. Die Erste Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:

»Mit 4,715 Billionen Euro Geldvermögen sind die Deutschen so reich wie nie zuvor. Dabei ist dieses Vermögen hoch konzentriert: Etwa die Hälfte davon dürfte auf die Millionäre und Multimillionäre entfallen, also auf das reichste Prozent der Bevölkerung. Mit unserer Forderung nach einer einmaligen Vermögensabgabe und einer dauerhaften Millionärssteuer möchten wir dieses reichste Prozent der Bevölkerung von ihrem Reichtum entlasten – zugunsten der übrigen 99 Prozent, denen man immer noch einredet, dass kein Geld da sei und man daher sparen müsse.« 24.05.2012

Aufwind stärken, nicht Ignoranz

Angesichts mehr kleinerer Parteien in Parlamenten sollte die 5-Prozent-Sperrklausel erhöht werden, empfiehlt Alt-Bundespräsident Roman Herzog. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:

»Roman Herzog denkt Demokratie von der Regierung her, nicht von den Bürgerinnen und Bürgern. Das wundert mich. Schließlich war er Verfassungsrichter.

Er beklagt, dass die einst großen Parteien immer weniger und kleinere Parteien immer häufiger Zuspruch finden. Er fragt aber nicht, warum das so ist?

Die Grünen gewannen, weil die ökologische Frage ignoriert wurde. DIE LINKE erstarkte, weil soziale Gerechtigkeit verbannt wurde. Und die PIRATEN legen zu, weil demokratische Chancen der digitalen Revolution vernachlässigt werden.

Die Ignoranz der Großen begünstigt den Aufwind der Kleinen. Ich verstehe nicht, warum Herzog Aufbruch bremsen will, um Ignoranz zu stärken.

Der offensichtlichen Krise der Demokratie muss man politisch begegnen, nicht administrativ. 'Mehr Demokratie wagen', nicht weniger – das ist überfällig.« 13.05.2012



Am Dienstag, dem 8. Mai, nahmen auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof traditionsgemäß auch Vertreter der LINKEN an der Gedenkveranstaltung zum 67. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus durch die Armeen der Antihitlerkoalition und der Beendigung des 2. Weltkrieges teil.

Foto: Peter Wolf

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22
 Di., 12.06.: 18.30 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**
 Di., 19.06.: 18.30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
 Mi., 20.06.: 18.30 Uhr **AG »Soziales«**
 Mo., 25.06.: 18.30 Uhr **AG Malxeblatt**

Kontinuität und Erneuerung

Angela Merkel will an der Rente mit 67 festhalten. Allerdings ist jetzt nicht mehr das Alter gemeint, es geht um die versicherungspflichtigen Arbeitsjahre.

Ove Lieh

Geburtstag

17.06.: 69 Jahre Joachim Schulz
 26.06.: 78 Jahre Wolfgang Mahling
 26.06.: 61 Jahre Birgitt Beier
 28.06.: 76 Jahre Rosemarie Bräuer
 28.06.: 74 Jahre Winfried Schubert
 01.07.: 63 Jahre Elke Grenzer
 12.07.: 72 Jahre Gudrun Ritschel

Herzlichen Glückwunsch, unseren Jubilaren, auch all jenen, die hier nicht genannt sind!

Liberales Credo

Nach dem Wahlerfolg der FDP ist von einem parteiinternen Putsch gegen ihren Chef Philipp Rösler keine Rede mehr. Man hofft vielmehr darauf, dass der Markt sich selbst reguliert.

MK

Kein Zweifel, Deutschland hat sich zu seinem Vorteil gewandelt: Die meisten Waffen werden nicht mehr für den Krieg, sondern für friedlichen Handel hergestellt.

Aus »Eulenspiegel« Nr. 6/12

Rechtsberatung ...

... am **Sonnabend, dem 23.06.**, ab 14 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Straße 22.

Terminvereinbarung telefonisch oder persönlich jeweils Dienstag und Donnerstag von 14 bis 17 Uhr, ☎ (03562) 78 52.

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
 Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
 oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
 E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
 Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:
malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
 Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.